

Arena Analyse

Demokratische Resilienz in Österreich

Problemfelder und Handlungsfelder für konstruktive Politik

Inhaltsverzeichnis

Grundlage und Ziel der Arena Analyse	3
Executive Summary: Demokratische Resilienz in Österreich	3
1. Problemfelder	4
1.1 Machtkonzentration und Aushöhlung von Kontrolle	4
1.2 Angriff auf öffentliche Kontrolle und demokratische Öffentlichkeit	6
1.3 Verzerrung demokratischer Konkurrenz	7
1.4 Schwächung liberal-demokratischer Kultur	8
1.5 Unzureichende Reparatur- und Erneuerungsfähigkeit	9
2. Handlungsfelder	10
2.1 Frühwarnung, Diagnose und Priorisierung	10
2.2 Institutionelle Machtbegrenzung	11
2.3 Öffentliche Kontrolle und Informationsresilienz	12
2.4 Faire demokratische Konkurrenz und klare Grenzen	14
2.5 Demokratische Kultur, Bildung und Erneuerung	15
3. Gesamtverdichtung	16
4. Politische Kernaussage	17
Anhang: Probleme und Optionen für die demokratische Resilienz in Österreich	19

Impressum

Autor und für den Inhalt verantwortlich:

Andreas Kovar

Medieninhaber und Herausgeber:

Netzwerk Chance Demokratie

Dorotheergasse 7

1010 Wien

Kontakt:

office@chancedemokratie.net

Veröffentlichung:

Juni 2026

Grundlage und Ziel der Arena Analyse

Ziel dieser Arena Analyse ist es, international beschriebene Risiken und Handlungsoptionen für liberale Demokratien mit den Erfahrungen, Einschätzungen und Reformvorschlägen österreichischer politischer Insider zu verbinden. Dadurch werden konkrete Gefährdungen, mögliche Gegenmaßnahmen und Reformansätze für Österreich klarer sichtbar.

Die Auswertung bündelt kritische Hinweise auf Handlungsbedarf sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten, die Mitglieder des Netzwerks Chance Demokratie in den Online-Diskussionen eingebracht haben. Sie ist daher eine Sammlung von Einschätzungen, Kritikpunkten und Vorschlägen. **Diese Positionen werden nicht notwendigerweise von allen Mitgliedern geteilt. Sie markieren jedoch Punkte, die weiter geprüft und diskutiert werden sollten, und bilden eine Grundlage für die weitere Debatte über die Stärkung der Resilienz der österreichischen Demokratie.**

Die Arena Analyse versteht sich als Analyse des politischen Umfelds. Sie stützt sich erstens auf eine Sammlung wissenschaftlicher Arbeiten zur Resilienz liberaler Demokratien. Diese Quellen wurden in einem Dossier zusammengefasst und herangezogen, um zentrale Gefahren, Risiken und Problemfelder liberaler Demokratien zu identifizieren:

https://www.chancedemokratie.net/files/ugd/13a075_8b694fcd0c4e4f94a83089067301beb2.pdf

Das Dossier beruht auf Quellen, die Dr.in Klaudia Wegschaider für die Lehrveranstaltung „Democratic Resilience – How Democracies Survive“ zusammengestellt hat. Die Lehrveranstaltung fand im Wintersemester 2025/26 an der Universität Wien statt:

<https://ufind.univie.ac.at/en/course.html?lv=210111&semester=2025W>

Um daraus konkrete Ansätze für Österreich abzuleiten, wurden zweitens die Diskussionen zur Resilienz der österreichischen Demokratie ausgewertet, die seit Frühjahr 2024 im Netzwerk Chance Demokratie geführt wurden. Dem Netzwerk gehören aktive und ehemalige Politiker, Expert und Wissenschaftler an: <https://www.chancedemokratie.net/>

Executive Summary: Demokratische Resilienz in Österreich

Die seit 2024 überwiegend online geführten Diskussionen im Netzwerk Chance Demokratie zeigen ein klares Bild: **Österreichs Demokratie leidet nicht daran, dass es zu wenige sinnvolle Vorschläge zu ihrer Stärkung gäbe. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die politischen Rahmenbedingungen konstruktives Handeln nicht ausreichend unterstützen – und Österreich sich dadurch in der aktuellen für die liberale Demokratie riskanten Lage bleibt.**

Der politische Wettbewerb belohnt derzeit zu oft Zuspitzung, Message Control, kurzfristige Profilierung, parteipolitische Loyalität und mediale Aufmerksamkeit. Konstruktive Zusammenarbeit, sachliche Problemlösung, Kompromissfähigkeit und institutionelle Selbstbegrenzung bleiben dagegen häufig unsichtbar. Sie werden politisch zu wenig honoriert und sind strukturell nicht ausreichend abgesichert.

Das wissenschaftliche Dossier zur resilienten liberalen Demokratie ordnet diese Beobachtung in einen breiteren Zusammenhang ein. Liberale Demokratien geraten heute selten durch einen offenen Bruch unter Druck. Häufiger ist eine schrittweise Aushöhlung: Macht wird konzentriert, Kontrolle geschwächt, öffentliche Kritik delegitimiert, faire Konkurrenz verzerrt und demokratische Normen

werden als parteipolitisch verhandelbar behandelt. Wahlen bleiben bestehen, aber die Bedingungen, unter denen sie frei, fair und politisch folgenreich sind, werden beschädigt. (Dossier Demokratische Resilienz - Wie Demokratien überleben

https://www.chancedemokratie.net/files/ugd/13a075_8b694fcd0c4e4f94a83089067301beb2.pdf)

Die international identifizierten Problemfelder folgen damit einem gemeinsamen Muster: Liberale Demokratie wird verwundbar, wenn Macht nicht wirksam begrenzt wird, Kontrollinstanzen an Kraft verlieren, politischer Wettbewerb unfair wird, demokratische Selbstbindung nur noch selektiv gilt und beschädigte Institutionen nicht rechtzeitig repariert werden.

Die daraus abgeleiteten Handlungsfelder antworten spiegelbildlich auf diese Probleme: Macht begrenzen, öffentliche Kontrolle sichern, faire Konkurrenz schützen, demokratische Kultur stärken und demokratische Erneuerung so organisieren, dass Beteiligung, Vertrauen und institutionelles Lernen tatsächlich wachsen.

Für Österreich ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe. Erstens müssen jene Institutionen gestärkt werden, die Macht begrenzen und Kontrolle ermöglichen: Parlament, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Wahlbehörden, unabhängige Medien, Verwaltung, Antikorruptionsstellen und Zivilgesellschaft. Zweitens muss der politische Alltag so verändert werden, dass konstruktives Verhalten nicht länger ein Nachteil ist. Dazu gehören bessere Gesetzgebungsprozesse, transparente Entscheidungsgrundlagen, ernsthafte Begutachtung, faire Beteiligung, politische Bildung, unabhängige Medienförderung, klare ethische Standards und eine erneuerte Kultur des politischen Kompromisses.

Die Beiträge aus dem Netzwerk Chance Demokratie sind besonders wertvoll, weil sie die abstrakte Resilienzdebatte auf konkrete österreichische Schwachstellen beziehen: den starken Regierungseinfluss auf ORF-Gremien, VfGH-Bestellungen und Staatsanwaltschaften; die Rolle übergroßer Kabinette; den faktischen Klubzwang; die schwache Eigenständigkeit des Parlaments; die Inseraten- und Medienförderungspraxis; kurze Begutachtungsfristen; fehlende Transparenz bei Stakeholderkontakten und Personalentscheidungen; sowie eine politische Kommunikationslogik, die Konflikt oft stärker belohnt als Lösungskompetenz.

Der rote Faden lautet daher: Demokratische Resilienz entsteht nicht durch ein einzelnes Instrument. Sie entsteht durch das Zusammenspiel starker Institutionen, freier Öffentlichkeit, fairer Wahlen, demokratischer Parteien, aktiver Zivilgesellschaft, politischer Bildung und Verfahren, die Bürger ernsthaft einbinden, ohne Rechtsstaat, Verantwortung und repräsentative Demokratie zu ersetzen.

Eine resiliente liberale Demokratie braucht deshalb nicht nur Schutz vor Extremismus. Sie braucht einen politischen Betrieb, in dem Macht begrenzt, Kontrolle gesichert, fairer Wettbewerb ermöglicht, demokratische Kultur gestärkt und institutionelles Lernen dauerhaft verankert wird.

1. Problemfelder

1.1 Machtkonzentration und Aushöhlung von Kontrolle

Das zentrale Problemfeld ist die Konzentration politischer Macht bei Regierung, Parteiapparaten, Minister:innenkabinetten und informellen Koalitionsstrukturen. Die Gefahr für liberale Demokratien liegt heute meist nicht im offenen Bruch mit der Verfassung, sondern in einer schrittweisen Verschiebung von Macht. Gewählte Regierungen nutzen Gesetze, Verfassungsänderungen, Personalentscheidungen oder Verwaltungsreformen, um Gerichte, Parlamente, Wahlbehörden, Medien oder Opposition zu schwächen. Das ist gefährlich, weil einzelne Schritte oft technisch oder rechtlich

plausibel erscheinen, in Summe aber die Bedingungen fairer demokratischer Konkurrenz verändern. Nancy Bermeo beschreibt diese Entwicklung als „executive aggrandizement“, also als Ausweitung exekutiver Macht auf Kosten demokratischer Gegengewichte; Kim Lane Scheppele spricht von „autocratic legalism“, wenn Recht selbst zur Demontage liberaler Demokratie verwendet wird. Thomas Carothers und Brendan Hartnett betonen ergänzend, dass demokratischer Rückbau häufig weniger aus mangelnder Regierungsleistung entsteht als aus unzureichend begrenzter Macht politischer Führungspersonen. (Bermeo 2016, Journal of Democracy: <https://www.journalofdemocracy.org/articles/on-democratic-backsliding/>; Scheppele 2018, University of Chicago Law Review: <https://chicagounbound.uchicago.edu/uclrev/vol85/iss2/2/>; Carothers/Hartnett 2024, Carnegie Endowment/Journal of Democracy: <https://carnegieendowment.org/research/2024/07/misunderstanding-democratic-backsliding>)

Die Diskussionbeiträge beschreiben Österreich als System, in dem formale Institutionen vielfach von parteipolitischer Steuerung überlagert werden.

Das betrifft zunächst das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament. Wiederholt wird kritisiert, dass der Nationalrat zu selten als eigenständiger Ort politischer Problemlösung funktioniert. Regierungsvorlagen kommen oft fertig verhandelt ins Parlament. Die Regierungsfaktionen sichern die Mehrheiten. Oppositionelle Initiativen werden häufig nicht ernsthaft behandelt. Ausschüsse dienen zu wenig der offenen fachlichen Auseinandersetzung. Der faktische Klubzwang schwächt das freie Mandat und reduziert die Kontrollfunktion der Abgeordneten.

Das Dossier ordnet dieses Problem in ein breiteres Muster ein: Demokratische Erosion beginnt oft nicht mit der Abschaffung von Institutionen, sondern mit der schrittweisen Verschiebung praktischer Macht. Wenn Parlamente, Gerichte, Medien, Wahlregeln oder unabhängige Behörden zwar formal bestehen, aber ihre Kontrollkraft verlieren, wird Demokratie von innen ausgehöhlt.

In den Online-Beiträgen wird diese Gefahr sehr konkret für Österreich benannt. Problematisch erscheinen insbesondere:

- der starke Regierungseinfluss auf ORF-Gremien;
- der Einfluss der Regierung auf die Bestellung von Verfassungsrichter:innen;
- das Weisungsrecht und die Karriereabhängigkeit der Staatsanwaltschaften;
- übergroße Minister:innenkabinette und parteipolitische Parallelstrukturen;
- politische Besetzungen in Verwaltung, staatsnahen Unternehmen, Universitätsräten und Gremien;
- unklare oder informelle Koalitionsprozesse;
- eine schwache institutionelle Selbständigkeit des Parlaments gegenüber Regierung und Parteiführungen;
- die Gefahr, dass zentrale Funktionen wie Nationalratspräsident:in, Innenminister:in, Justizminister:in oder Kanzler:in von Personen ausgeübt werden, die demokratische Selbstbegrenzung nicht ausreichend achten.

Die Beiträge zeigen damit eine zentrale österreichische Verwundbarkeit: Nicht einzelne Rechtsbrüche stehen im Vordergrund, sondern die Möglichkeit, bestehende Spielräume politisch auszureizen.

Gerade darin liegt der Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Resilienzdebatte. Eine liberale Demokratie ist nicht schon sicher, weil Institutionen formal existieren. Sie ist nur dann resilient, wenn diese Institutionen praktisch in der Lage sind, Macht zu kontrollieren.

1.2 Angriff auf öffentliche Kontrolle und demokratische Öffentlichkeit

Das zweite große Problemfeld betrifft Medien, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und den Informationsraum. Liberale Demokratie ist darauf angewiesen, dass Machtmissbrauch sichtbar wird. Deshalb sind freie Medien, eine handlungsfähige Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Protestrechte und eine offene öffentliche Debatte keine Nebenthemen, sondern demokratische Schutzinfrastruktur. Wenn Medien delegitimiert, zivilgesellschaftliche Organisationen eingeschüchtert, Protestrechte selektiv eingeschränkt oder kritische Stimmen als „fremdgesteuert“ dargestellt werden, verlieren Bürger:innen die Möglichkeit, Machtmissbrauch rechtzeitig zu erkennen und politisch zu sanktionieren. V-Dem zeigt, dass Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit weltweit besonders stark unter Druck geraten. Wunsch und Blanchard beschreiben Medien und Zivilgesellschaft als frühe Sicherungen gegen demokratische Erosion; sie geraten häufig vor Gerichten, Parlamenten oder Wahlen unter Druck. (Nord/Altman/Angiolillo/Fernandes/God/Lindberg 2025, V-Dem Democracy Report: https://v-dem.net/documents/54/v-dem_dr_2025_lowres_v1.pdf; Wunsch/Blanchard 2023, Democratization: <https://katalog.ub.tu-freiberg.de/Record/0-184015117X>)

Die Beiträge sehen die demokratische Öffentlichkeit in Österreich durch mehrere Entwicklungen unter Druck: Boulevardisierung, ökonomische Schwäche des Qualitätsjournalismus, Regierungsinserte, politisch problematische Medienförderung, Social-Media-Logik, Desinformation, Angriffe auf Journalist:innen und mangelnde Sichtbarkeit konstruktiver politischer Prozesse.

Das Dossier betont, dass Medienfreiheit, Zivilgesellschaft, Meinungsfreiheit und öffentliche Kritik frühe Sensoren demokratischer Erosion sind. Wenn diese „diagonalen Sicherungen“ schwächer werden, verlieren Bürger:innen die Möglichkeit, Machtmissbrauch rechtzeitig zu erkennen und politisch zu sanktionieren. Demokratie beginnt nicht erst beim Wahltag. Sie braucht eine funktionierende Öffentlichkeit, in der Informationen verfügbar, glaubwürdig und überprüfbar sind.

Die Online-Diskussionen übersetzen diese Diagnose in österreichische Strukturfragen. Mehrere Beiträge kritisieren die derzeitige Medienförderung und die Praxis der Regierungsinserte. Der Vorwurf lautet: Öffentliche Gelder fördern nicht ausreichend jene Medien, die unabhängig, kritisch, konstruktiv und qualitätsorientiert arbeiten. Inserte schaffen Abhängigkeiten. Boulevardmedien werden gestärkt. Kritischer Journalismus bleibt wirtschaftlich unter Druck. Dadurch entsteht eine Wechselwirkung: Politik gewöhnt sich an unkritische oder transaktionale Berichterstattung; Medien werden stärker von Aufmerksamkeit, Skandalisierung und Nähe zu Macht abhängig.

Ein weiterer Punkt ist die Rolle des ORF. Die Beiträge sehen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine zentrale demokratische Infrastruktur, zugleich aber eine Institution, deren Gremienbestellung besser gegen Regierungseinfluss abgesichert werden müsste. Auch Angriffe auf Journalist:innen und auf den ORF werden nicht nur als Einzelkonflikte verstanden, sondern als Teil einer Strategie, Vertrauen in unabhängige Berichterstattung zu untergraben und das Publikum in parteinahe oder desinformierende Parallelöffentlichkeiten umzuleiten.

Hinzu kommt die Kommunikationslogik sozialer Medien. Sie verstärkt Positionierung, Empörung, Zuspitzung und persönliche Inszenierung. Konstruktive Prozesse, Kompromisse, Arbeit in Ausschüssen, Vorverhandlungen oder sachliche Differenzierungen sind dagegen medial schwer vermittelbar. Dadurch entsteht ein struktureller Nachteil für Politiker:innen, die im Hintergrund tragfähige Lösungen erarbeiten.

Das Problem ist daher nicht nur „schlechte Medienberichterstattung“. Es geht um die demokratische Informationsordnung insgesamt: Wer erhält Aufmerksamkeit? Wer wird finanziell gestützt? Wer kann Macht kontrollieren? Wie werden Bürger:innen über komplexe politische Prozesse informiert? Und wie kann verhindert werden, dass Desinformation und politische Propaganda den Platz unabhängiger Öffentlichkeit einnehmen?

1.3 Verzerrung demokratischer Konkurrenz

Das dritte Problemfeld betrifft die Anreize des politischen Wettbewerbs. Wahlen bleiben der Kern demokratischer Legitimation, schützen Demokratie aber nicht allein. Auch autoritär agierende Regierungen halten oft weiter Wahlen ab, verändern aber die Bedingungen, unter denen Opposition, Medien und Bürger:innen am Wettbewerb teilnehmen. Gefährlich sind Wahlrechtsänderungen mit einseitiger Wirkung, politisierte Wahladministration, parteipolitisch verzerrte Wahlkreise, die Delegitimierung von Wahlergebnissen ohne belastbare Belege oder der Versuch, gegnerische Wählergruppen vom Wählen abzuhalten. Bermeo beschreibt solche Verfahren als „strategic electoral manipulation“. Studien zur Wahlskepsis in den USA zeigen zudem, dass Zweifel an Wahlintegrität nicht nur durch tatsächlichen Betrug entstehen, sondern auch durch unklare Abläufe, lange Auszählungen, Briefwahlmisstrauen oder politische Verlustverarbeitung. (Bermeo 2016, Journal of Democracy: <https://www.journalofdemocracy.org/articles/on-democratic-backsliding/>; Holliday/Grimmer/Lelkes/Westwood 2024, Election Law Journal: <https://www.liebertpub.com/doi/full/10.1089/elj.2024.0010>; Partheymüller/Müller/Rabitsch/Lidauer/Grohma 2022, Electoral Studies: <https://www.juliaparthemueller.net/publications/>)

Die Online-Beiträge beschreiben sehr deutlich, dass destruktives Verhalten derzeit oft belohnt wird: Zuspitzung erzeugt Aufmerksamkeit, Konflikt schafft Profil, Abwertung mobilisiert, Message Control verhindert offene Auseinandersetzung, und kurzfristige Umfragegewinne zählen mehr als langfristige Lösungskompetenz.

Diese Diagnose passt zum Dossier, das zeigt: Demokratie wird nicht nur durch Institutionen geschützt, sondern auch durch faire politische Konkurrenz. Wenn der Wettbewerb so organisiert ist, dass Machtgewinn wichtiger wird als Regelbindung, steigt das Risiko demokratischer Erosion. Antidemokratische oder illiberale Akteure müssen nicht sofort Institutionen abschaffen. Es reicht oft, die Wettbewerbsbedingungen, die Sprache, die Normen und die Erwartungen zu verschieben.

In den österreichischen Beiträgen werden mehrere Mechanismen genannt:

Erstens dominiert innerhalb vieler Parteien die Logik der Profilierung. Politiker:innen werden daran gemessen, ob sie unterscheidbar, schlagfertig, medial sichtbar und parteitaktisch loyal sind. Kooperationsfähigkeit, Fachlichkeit oder Kompromissarbeit zählen sich innerparteilich nicht ausreichend aus.

Zweitens schwächt der faktische Klubzwang die eigenständige Rolle der Abgeordneten. Wenn Abgeordnete vor allem als Stimmkörper ihrer Partei auftreten, wird das Parlament weniger als Ort des Diskurses und mehr als Bühne parteipolitischer Auseinandersetzung wahrgenommen.

Drittens verstärkt die Medienlogik den Fokus auf Konflikt. Wer provoziert, bekommt Aufmerksamkeit. Wer geduldig verhandelt, bleibt unsichtbar. Dadurch entsteht ein Wettbewerbsnachteil für konstruktive Politik.

Viertens werden Kompromisse häufig als Schwäche kommuniziert. Das ist demokratiepolitisch problematisch, weil gerade eine parlamentarische Demokratie davon lebt, dass unterschiedliche Interessen sichtbar verhandelt und tragfähige Lösungen gefunden werden. Kompromiss bedeutet nicht Beliebigkeit. Er ist die politische Form, in der pluralistische Gesellschaften handlungsfähig bleiben.

Fünftens wird politische Konkurrenz durch ungleiche Ressourcen und Zugänge verzerrt: Regierungsparteien verfügen über Ministerien, Kabinette, Regierungsinserate, Informationsvorsprünge und legislative Ressourcen. Oppositionsparteien und einzelne Abgeordnete haben deutlich schwächere Möglichkeiten, eigenständige fachliche Alternativen auszuarbeiten.

Die Kernfrage lautet daher: Wie kann demokratischer Wettbewerb so gestaltet werden, dass er harte Auseinandersetzung ermöglicht, aber destruktive Praktiken nicht belohnt? Die Antwort liegt nicht in Harmonisierung oder Konsenszwang. Sie liegt in fairen Verfahren, klaren Grenzen, transparenter Verantwortlichkeit und institutionellen Anreizen für lösungsorientiertes Handeln.

1.4 Schwächung liberal-demokratischer Kultur

Demokratie wird nicht nur durch Institutionen geschützt, sondern auch durch die Bereitschaft von Parteien, Eliten und Bürger:innen, demokratische Regeln selbst dann zu verteidigen, wenn sie der eigenen Seite Grenzen setzen. Gefährlich wird es, wenn Grundrechte nur für politisch sympathische Gruppen gelten sollen, wenn Regelverletzungen des eigenen Lagers toleriert werden oder wenn Demokratie auf bloße Mehrheitsherrschaft reduziert wird. Graham und Svulik zeigen, dass Polarisierung die Bereitschaft senken kann, undemokratisches Verhalten der eigenen Partei zu bestrafen. Gidron, Margalit, Sheffer und Yakir zeigen am israelischen Beispiel, dass Unterstützung für demokratischen Rückbau mit Führerbindung, Polarisierung und einem rein majoritären Demokratieverständnis zusammenhängen kann. Valentim zeigt zudem, dass die Normalisierung radikal rechter Positionen nicht zwingend mit stark veränderten Einstellungen beginnt, sondern damit, dass soziale Hemmungen sinken, solche Positionen offen zu vertreten. (Graham/Svulik 2020, American Political Science Review: <https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/abs/democracy-in-america-partisanship-polarization-and-the-robustness-of-support-for-democracy-in-the-united-states/C7C72745B1AD1FF9E363BBFBA9E18867>;

Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir 2025, American Journal of Political Science:

<https://isps.yale.edu/research/publications/isps25-28>; Valentim 2024, Oxford University Press: <https://academic.oup.com/book/57946>)

Die Beiträge behandeln Demokratie nicht nur als Verfassungsordnung, sondern als politische Kultur. Diese Kultur besteht aus Vertrauen, Wahrhaftigkeit, Respekt, Gesprächsfähigkeit, Selbstbegrenzung,

Anerkennung von Fakten und Bereitschaft, demokratische Spielregeln auch dann einzuhalten, wenn sie der eigenen Seite Grenzen setzen.

Mehrere Beiträge kritisieren die aggressive Sprache in der Politik. Untergriffe, Hetze, persönliche Abwertung, bewusste Falschaussagen und permanente Empörung erschweren sachliche Zusammenarbeit. Sie verändern auch die Erwartungen der Öffentlichkeit: Wenn rüpelhaftes Verhalten sichtbar belohnt wird, sinkt die Hemmschwelle für weitere Grenzüberschreitungen. Das Dossier beschreibt diesen Mechanismus als Normalisierung von Normbrüchen und antipluralistischer Sprache.

Ein zweiter Aspekt ist der Verlust einer gemeinsamen Faktenbasis. Beiträge nennen Pensionen, Klima, Energie, Migration und Bildung als Themen, bei denen Bürger:innen sehr wohl erkennen, dass Probleme bestehen, Politik aber aus taktischen Gründen ausweicht, beschönigt oder unrealistische Versprechen macht. Das untergräbt Vertrauen. Wer offensichtliche Probleme nicht ehrlich benennt, überlässt das Feld jenen, die einfache, aber demokratiegefährdende Antworten anbieten.

Ein dritter Aspekt ist die Entfremdung zwischen politischer Klasse und Bürger:innen. Die Beiträge verweisen auf eine politische Praxis, die als inszeniert, abgehoben, intransparent oder elitär wahrgenommen wird. Besonders kritisch wird gesehen, dass sozial schwächere, unterprivilegierte oder nicht organisierte Gruppen in Reformdebatten zu wenig vorkommen. Wenn demokratische Beteiligung vor allem in gut gebildeten, gut vernetzten Milieus stattfindet, verstärkt sie bestehende Distanz.

Das Dossier ergänzt diese Beobachtung um eine wichtige politikwissenschaftliche Pointe: Zustimmung zur Demokratie reicht nicht aus, wenn Bürger:innen und Eliten Demokratie nur als Mehrheitsentscheidung verstehen. Liberale Demokratie braucht auch Minderheitenschutz, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Medienfreiheit und faire Verfahren. Genau diese Elemente müssen politisch erklärt und verteidigt werden.

Demokratische Kultur ist daher kein weiches Nebenthema. Sie entscheidet darüber, ob Institutionen im Ernstfall getragen werden. Ohne demokratische Selbstbindung werden Gerichte als Hindernis, Medien als Feind, Opposition als Störung, Minderheitenrechte als Luxus und Kompromisse als Verrat dargestellt. Eine resiliente Demokratie braucht deshalb eine Kultur, in der demokratische Grenzen sichtbar, verständlich und verbindlich sind.

1.5 Unzureichende Reparatur- und Erneuerungsfähigkeit

Das fünfte Problemfeld betrifft die Fähigkeit, bekannte Schwächen zu beheben. Demokratische Erosion endet nicht mit einem Wahlsieg demokratischer Kräfte. Beschädigte Institutionen, politisierte Gerichte, erfasste Medien, rechtliche Altlasten und illiberale Netzwerke können weiterwirken. Gleichzeitig kann demokratische Reparatur selbst als Machtmissbrauch erscheinen, wenn sie nicht rechtsstaatlich begründet, transparent und begrenzt erfolgt. Hillion, Pavone und Scherz beschreiben dieses Problem als „democratic frontsliding“: die schrittweise Wiederherstellung liberal-demokratischer Institutionen nach einer Phase der Erosion. Sie verweisen zugleich auf „autocratic enclaves“, also illiberale Machtreste in Institutionen. Daraus folgt: Wiederherstellung braucht eigene Regeln, Prioritäten und Kommunikation. Sie darf nicht als Rückkehr zum Normalbetrieb missverstanden werden. (Hillion/Pavone/Scherz 2026, Journal of European Public Policy: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13501763.2026.2655936>; Bianchi/Cheeseman/Cyr 2024, Journal of Democracy bzw. verwandte Forschung zu democratic recovery; Carothers/Hartnett

2024, Carnegie Endowment/Journal of Democracy:

<https://carnegieendowment.org/research/2024/07/misunderstanding-democratic-backsliding>)

Die Online-Beiträge zeigen, dass viele Reformideen seit Jahren vorliegen: ORF-Volksbegehren, die Ergebnisse einer Enquete-Kommission (2015), offene Gesetzgebung, Rebuild Parliament, Demokratieforum, Bessere Verwaltung, Bürger:innenräte, Zukunftsräte, transparente Begutachtung, wissenschaftliche Dienste, Sachverständigenräte, Ausgaben-Transparenz, bessere Medienförderung, Reform der Kabinette und Stärkung der Staatsanwaltschaften.

Das Problem ist daher weniger Ideenarmut als fehlende Institutionalisierung. Beteiligung bleibt oft projektförmig. Begutachtung kommt zu spät. Stellungnahmen werden nicht ausreichend beantwortet. Gesetzesprozesse werden nicht konsequent evaluiert. Transparenzstandards sind unvollständig. Politische Bildung bleibt zu schwach. Wissenschaftliches Wissen wird nicht systematisch in Entscheidungsprozesse eingebunden. Komplexe Transformationsaufgaben scheitern an Ressortgrenzen, Bund-Länder-Schnittstellen und parteipolitischer Blockade.

Das Dossier stützt diese Diagnose. Demokratische Resilienz ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Sie umfasst Prävention, Krisenabwehr, Reparatur und Erneuerung. Ein Regierungswechsel oder ein einzelnes Reformprojekt reicht nicht. Beschädigte Institutionen, informelle Netzwerke, Misstrauen und schlechte politische Routinen wirken weiter. Reparatur muss daher geplant, begründet, kontrolliert und kommunikativ abgesichert werden.

Für Österreich bedeutet das: Demokratische Erneuerung darf nicht als gelegentliche Beteiligungsinnovation verstanden werden. Sie muss in den normalen Betrieb von Parlament, Regierung, Verwaltung, Ländern, Gemeinden, Medien und Parteien eingebaut werden. Resilienz entsteht erst, wenn bessere Verfahren nicht vom guten Willen einzelner Akteure abhängen, sondern verbindlicher Teil des politischen Systems werden.

2. Handlungsfelder

2.1 Frühwarnung, Diagnose und Priorisierung

Demokratienschutz beginnt nicht erst bei offenem Rechtsbruch. Demokratienschutz muss beginnen, bevor Wahlergebnisse manipuliert oder Institutionen offen gebrochen werden. Das Dossier betont, dass Frühwarnsignale oft früher auftreten. Frühe Warnzeichen liegen häufig dort, wo Öffentlichkeit, Kontrolle und faire Konkurrenz geschwächt werden: Angriffe auf Medien und Zivilgesellschaft, Delegitimierung unabhängiger Institutionen, majoritäre Rhetorik gegen Gerichte, Angriffen auf die Wahladministration, technische Änderungen mit asymmetrischer Wirkung, Angriffe auf den Minderheitenschutz, selektive Einschränkung von Protestrechten oder Normalisierung antipluralistischer Sprache.

Nötig ist daher ein mehrdimensionales Lagebild: Daten aus Demokratieindizes, institutionelle Analyse und qualitative Einschätzung des politischen Kontextes müssen zusammengeführt werden. V-Dem liefert dafür ein wichtiges Frühwarninstrument, weil es nicht nur formale Wahlen, sondern auch Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Zivilgesellschaft und exekutive Machtkontrolle erfasst. Boese, Edgell, Hellmeier, Maerz und Lindberg zeigen zusätzlich, dass Resilienz zeitlich gedacht werden muss: Es macht einen Unterschied, ob eine Demokratie den Beginn von Autokratisierung verhindert oder einen bereits laufenden Rückbau stoppt. (Nord/Altman/Angiolillo/Fernandes/God/Lindberg 2025, V-

Dem Democracy Report: https://v-dem.net/documents/54/v-dem_dr_2025_lowres_v1.pdf;
Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg 2021, Democratization:
<https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC8336576/>)

Die Online-Beiträge liefern eine österreichische Liste solcher Frühwarnsignale. Dazu zählen:

- übermäßiger Regierungseinfluss auf ORF, VfGH und Staatsanwaltschaften;
- faktische Schwächung des Parlaments durch Klubzwang und Regierungsvorlagen;
- parteipolitische Besetzung zentraler Positionen;
- übergroße Minister:innenkabinette und parteinahe Parallelverwaltung;
- kurze Begutachtungsfristen;
- fehlende Transparenz bei Stakeholderkontakten und Entscheidungsgrundlagen;
- Inseratenpolitik, die Medienabhängigkeit erzeugt;
- systematische Angriffe auf Journalist:innen;
- aggressive Sprache, Falschaussagen und Hetze ohne ausreichende Konsequenzen;
- politische Inszenierung statt sachlicher Problembearbeitung;
- fehlende klare Trennung zwischen legitimer harter Opposition und Beschädigung demokratischer Institutionen.

Ein wirksames Frühwarnsystem müsste diese Beobachtungen nicht nur sammeln, sondern bewerten: Handelt es sich um Einzelfälle, um schlechte politische Kultur oder um ein Muster demokratischer Machtverschiebung? Entscheidend ist die kumulative Wirkung. Eine einzelne problematische Personalentscheidung ist noch kein Systembruch. Mehrere gleichgerichtete Schritte können aber die demokratische Balance verändern.

Für die politische Praxis braucht es daher ein regelmäßiges Lagebild zur demokratischen Resilienz Österreichs. Dieses sollte institutionelle, mediale, rechtliche und kulturelle Indikatoren verbinden. Es müsste verständlich genug sein, um politisch anschlussfähig zu werden, und präzise genug, um nicht in Alarmismus abzugleiten.

2.2 Institutionelle Machtbegrenzung

Der harte Kern demokratischer Resilienz ist die Begrenzung politischer Macht. Dazu gehören unabhängige Gerichte, starke Parlamente, professionelle Wahlbehörden, Antikorruptionsstellen, transparente Ernennungsverfahren, klare Notstandsregeln und wirksame Kontrolle der Exekutive. Besonders wichtig sind Gerichte, weil sie Grundrechte, faire Verfahren und die Bindung der Mehrheit an Regeln sichern. Boese, Edgell, Hellmeier, Maerz und Lindberg zeigen, dass gerichtliche Beschränkungen der Exekutive sowohl gegen den Beginn von Autokratisierung als auch gegen demokratischen Zusammenbruch bedeutsam sind. Gibler und Randazzo zeigen breiter empirisch, dass etablierte unabhängige Gerichte Regimewechsel Richtung Autoritarismus verhindern helfen können. Carothers und Hartnett leiten daraus eine praktische Priorität ab: Demokratieschutz sollte weniger nur auf „besseres Liefern“ setzen, sondern stärker auf Institutionen, die Machtmissbrauch verhindern. (Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg 2021, Democratization:

<https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC8336576/>; Gibler/Randazzo 2011, American Journal of Political Science: <https://ideas.repec.org/a/wly/amposc/v55y2011i3p696-709.html>;
Carothers/Hartnett 2024, Carnegie Endowment/Journal of Democracy:
<https://carnegieendowment.org/research/2024/07/misunderstanding-democratic-backsliding>)

Das Dossier beschreibt liberale Demokratie als System begrenzter Macht. Die Online-Beiträge zeigen, wo diese Begrenzung in Österreich gestärkt werden sollte.

Erstens geht es um die Justiz und insbesondere die Staatsanwaltschaften. Mehrere Beiträge fordern, Weisungsrecht und Berichtspflichten zu reformieren oder abzuschaffen, die Staatsanwaltschaften besser auszustatten und Korruptions- sowie Amtsmissbrauchsdelikte wirksamer verfolgen zu können. Korruptionsbekämpfung wird dabei nicht nur als Strafrechtsfrage verstanden, sondern als Vertrauensfrage. Wenn Bürger:innen den Eindruck gewinnen, dass Machtmissbrauch nicht verfolgt wird, leidet die Legitimität des gesamten Systems.

Zweitens geht es um den Verfassungsgerichtshof. Diskutiert werden breitere und weniger regierungsabhängige Bestellverfahren, höhere Qualifikationserfordernisse, eine stärkere Rolle parlamentarischer Mehrheiten oder unabhängiger Gremien sowie die Entzerrung von Besetzungswellen. Ziel ist nicht parteipolitische Kontrolle des VfGH, sondern der Schutz seiner Kontrollfunktion.

Drittens geht es um das Parlament. Vorgeschlagen werden stärkere Ausschüsse, bessere Informationsrechte, öffentliche Verhandlungen bei wichtigen Themen, wissenschaftliche Unterstützung, transparente Abstimmungen, weniger Klubzwang, klare Regeln für den Umgang mit Opposition und bessere Absicherung der Rolle des Nationalratspräsidenten. Das Parlament soll nicht nur Regierungspolitik nachvollziehen, sondern selbst Ort der Prüfung, Beratung, Kontrolle und Problemlösung sein.

Viertens geht es um Minister:innenkabinette und Verwaltung. Überdimensionierte Kabinette, parteipolitische Durchgriffe und informelle Parallelstrukturen schwächen Verwaltung, Rechtsstaat und institutionelles Gedächtnis. Vorgeschlagen werden kleinere Kabinette, Qualifikationsanforderungen, Regeln für Wechsel in die Verwaltung, objektivierte Besetzungsverfahren und eine Stärkung der Verantwortung von Beamten:innen gegenüber Republik und Gemeinwohl.

Fünftens geht es um persönliche Verantwortung. Diskutiert werden Ethikkodizes, Hearings, Public-Value-Tests, Unvereinbarkeitsregeln, Cooling-off-Perioden, strengere Auswahlkriterien für zentrale Funktionen und eine erleichterte Amtshaftung beziehungsweise Politiker:innenhaftung.

Die gemeinsame Logik lautet: Wer demokratische Macht ausübt, muss stärker gebunden, kontrolliert und rechenschaftspflichtig sein. Das ist keine Schwächung der Politik, sondern Voraussetzung ihrer Legitimität.

2.3 Öffentliche Kontrolle und Informationsresilienz

Öffentliche Kontrolle ist die zweite große Schutzlinie. Demokratische Kontrolle funktioniert nur, wenn Bürger:innen verlässliche Informationen erhalten, Machtmissbrauch erkennen und sich öffentlich organisieren können. Ohne unabhängige Medien, nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen, transparente Verfahren und aktive Zivilgesellschaft können Bürger:innen Machtmissbrauch nicht erkennen.

Deshalb müssen Medienfreiheit, Medienpluralismus, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume, Protestrechte und Schutz vor Desinformation gemeinsam gedacht werden. In erfassten oder politisch vereinnahmten Mediensystemen reicht bloßes Medienvertrauen nicht aus; entscheidend ist Unabhängigkeit. Ladd betont die demokratische Funktion von Medien für Information und Verantwortlichkeit. Studien zu Desinformation und Informationsresilienz zeigen, dass Demokratien nicht nur falsche Inhalte bekämpfen dürfen, sondern gesellschaftliche Fähigkeit aufbauen müssen, Manipulationsversuche zu erkennen und einzuordnen. (Ladd 2012, Princeton University Press: <https://press.princeton.edu/books/paperback/9780691147868/why-americans-hate-the-media-and-how-it-matters>; Nord/Altman/Angiolillo/Fernandes/God/Lindberg 2025, V-Dem Democracy Report: https://v-dem.net/documents/54/v-dem_dr_2025_lowres_v1.pdf; Fjällhed/Pamment/Bay 2021, Information influence bzw. schwedische Wahlresilienz: <https://www.msb.se/>)

Die Online-Beiträge schlagen mehrere Reformrichtungen vor.

Erstens: Medienförderung neu ausrichten. Öffentliche Mittel sollten stärker an Qualität, Unabhängigkeit, demokratische Relevanz, journalistische Standards, Recherche, Auslands-, EU-, Kultur- und Investigativberichterstattung gebunden werden. Qualitätsjournalismus soll als demokratische Infrastruktur verstanden werden, nicht bloß als Marktprodukt.

Zweitens: Regierungsinserate beenden oder streng regeln. Mehrere Beiträge sehen in der Inseratenpraxis ein zentrales Einfallstor für Medienabhängigkeit. Eine differenzierte Variante lautet: Nicht jede öffentliche Information muss verboten werden, aber Inhalt, Zweck, Absender, Vergabe und Umfang müssen klar reguliert werden. Regierungsinformation darf nicht parteipolitische Imagepflege sein.

Drittens: ORF-Unabhängigkeit absichern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Gremienstruktur, die Staatsferne, Pluralität und professionelle Qualität besser gewährleistet. Gerade in einer fragmentierten Öffentlichkeit ist ein glaubwürdiger ORF ein demokratischer Stabilitätsfaktor.

Viertens: Angriffe auf Journalismus als Muster sichtbar machen. SLAPPs, Online-Kampagnen, verbale Angriffe, körperliche Attacken und delegitimierende Begriffe wie „Lügenpresse“ oder „Staatsfunk“ sollen nicht nur als Einzelereignisse behandelt werden. Die dahinterliegende Strategie ist, Vertrauen in unabhängige Information zu schwächen und Menschen in alternative Propaganda- oder Desinformationsräume zu führen.

Fünftens: politische Transparenz verbessern. Vorgeschlagen werden offene Terminkalender politischer Entscheidungsträger:innen, Veröffentlichung von Stellungnahmen, Entscheidungsgrundlagen, Studien, Prüfergebnissen, Ausschussprotokollen, Gesetzesänderungen infolge von Stellungnahmen sowie nachvollziehbare Dokumentation von Stakeholderkontakten.

Sechstens: Medienkompetenz ausbauen. Sie wird nicht nur für Schüler:innen, sondern ausdrücklich auch für Entscheidungsträger:innen in Politik, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft gefordert. Wer politische Verantwortung trägt, muss verstehen, wie Journalismus, Plattformen, Algorithmen, KI, Propaganda und Desinformation funktionieren.

Informationsresilienz bedeutet damit nicht staatliche Steuerung von Meinung. Sie bedeutet bessere Voraussetzungen dafür, dass Öffentlichkeit ihre demokratische Kontrollfunktion erfüllen kann.

2.4 Faire demokratische Konkurrenz und klare Grenzen

Demokratie braucht Wettbewerb. Aber dieser Wettbewerb muss so organisiert sein, dass faire Konkurrenz, Rechtsbindung und konstruktive Politik möglich bleiben. Demokratische Parteien müssen faire Konkurrenz schützen und zugleich Grenzen gegenüber Akteuren ziehen, die demokratische Institutionen nutzen wollen, um Demokratie abzubauen. Das bedeutet nicht, unbequeme Opposition auszugrenzen. Es bedeutet, zwischen legitimer politischer Konkurrenz und antidemokratischer Strategie klar zu unterscheiden.

Capoccia zeigt, dass demokratische Eliten in Krisen durch konkrete Entscheidungen verhindern oder beschleunigen können, dass extremistische Kräfte demokratische Institutionen gegen die Demokratie verwenden. Laebens und Ślarzyński zeigen am polnischen Beispiel, dass demokratische Opposition mehr leisten muss als Institutionenrhetorik: Sie muss demokratische Prinzipien verteidigen und zugleich politisch mehrheitsfähig bleiben. Capoccia macht außerdem deutlich, dass wehrhafte Demokratie möglich ist, aber rechtsstaatlich begrenzt bleiben muss: hohe Schwellen, unabhängige Verfahren, gerichtliche Kontrolle und Verhältnismäßigkeit sind entscheidend. (Capoccia 2013, Annual Review of Law and Social Science:

<https://users.ox.ac.uk/~ssfc0073/Writings%20pdf/Capoccia%20ARLSS%202013.pdf>;

Laebens/Ślarzyński 2025, Journal of Democracy bzw. SAGE-Forschung zu Polen; Meléndez/Rovira Kaltwasser 2021, Forschung zu populistisch-radikaler Rechter und demokratischer Resilienz)

Die Online-Beiträge wenden sich nicht gegen politischen Streit. Im Gegenteil: Mehrere Beiträge betonen, dass Demokratie harte Konflikte braucht. Abgelehnt wird nicht Konflikt, sondern Destruktion.

Dieses Handlungsfeld umfasst vier Aufgaben.

Erstens müssen die Spielregeln des Parlamentarismus gestärkt werden. Dazu gehören ernsthafte Ausschussarbeit, Behandlung oppositioneller Anträge, transparente Gesetzgebungsprozesse, ausreichend lange Begutachtung, stärkere Rolle einzelner Abgeordneter und bessere fachliche Ressourcen für Parlament und Opposition. Das Parlament soll nicht bloß Bühne sein, sondern Arbeitsort.

Zweitens müssen destruktive Anreize reduziert werden. Wenn parteiinterne Karrieren vor allem durch mediale Profilierung, Konfrontation und Loyalität zur Message Control bestimmt werden, haben Problemlöser:innen einen Nachteil. Daher wird vorgeschlagen, konstruktive Zusammenarbeit sichtbar zu machen, parteiübergreifende Erfolge öffentlich zu kommunizieren und innerparteiliche Auswahlmechanismen stärker an Lösungskompetenz zu knüpfen.

Drittens braucht es klare demokratische Grenzen. Ethikkodizes, unabhängige Ethikkommissionen, öffentliche Kommunikation von Verstößen, Sanktionen bei Falschaussagen oder Hetze und strengere Standards für zentrale Funktionen sollen deutlich machen: Demokratie ist nicht „anything goes“. Sie braucht verbindliche Regeln des Umgangs.

Viertens ist der Umgang mit illiberalen oder extremistischen Akteuren zu klären. Das Dossier warnt vor der Normalisierung antidemokratischer Kräfte und betont zugleich, dass wehrhafte Demokratie rechtsstaatlich begrenzt sein muss. Die Online-Beiträge spiegeln diese Spannung: Es braucht klare Grenzen gegenüber demokratiefeindlichem Verhalten, aber keine pauschale Ausgrenzung legitimer

Opposition. Maßstab muss das Verhalten gegenüber Rechtsstaat, Grundrechten, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung und fairer Konkurrenz sein.

Faire demokratische Konkurrenz bedeutet daher: Wettbewerb ja, aber nicht um den Preis der Zerstörung jener Regeln, die Wettbewerb erst demokratisch machen.

2.5 Demokratische Kultur, Bildung und Erneuerung

Das breiteste Handlungsfeld betrifft demokratische Erneuerung. Liberale Demokratie braucht nicht nur Abwehr, sondern auch Erneuerung. Bürger:innen müssen verstehen, warum Gewaltenteilung, Grundrechte, Minderheitenschutz, freie Medien und faire Verfahren demokratisch sind, auch wenn sie einer Mehrheit Grenzen setzen. Politische Bildung sollte daher nicht abstrakt für Demokratie werben, sondern konkrete Konflikte bearbeiten: Was, wenn die eigene Partei Gerichte schwächt? Was, wenn eine unbeliebte Gruppe protestiert? Was, wenn eine Mehrheit Minderheitenrechte beschneiden will?

Eroğlu, Finkel, Neundorf, Öztürk und Rascón Ramírez zeigen in einem Experiment mit mehr als 41.000 Personen in 33 Ländern, dass kurze Civic-Education-Botschaften die Bereitschaft verringern können, antidemokratische Kandidat:innen der eigenen Partei zu unterstützen. Ergänzend zeigen OECD, Germann, Marien und Muradova sowie Fishkin und Koautor:innen, dass gut gestaltete deliberative Verfahren Vertrauen und politische Wirksamkeit stärken können, wenn sie repräsentativ, informiert, transparent und ernsthaft an Entscheidungen angeschlossen sind. (Eroğlu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Rascón Ramírez 2025, British Journal of Political Science: <https://www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/choosing-democracy-over-party-how-civic-education-can-mitigate-the-antidemocratic-effects-of-partisan-polarization/6E80D12664C509E01DE8C67EE2AC00BE>; OECD 2021, Eight Ways to Institutionalise Deliberative Democracy: https://www.oecd.org/en/publications/eight-ways-to-institutionalise-deliberative-democracy_4fcf1da5-en.html; OECD 2021, Evaluation Guidelines: https://www.oecd.org/en/publications/evaluation-guidelines-for-representative-deliberative-processes_10ccbfcf-en.html; Germann/Marien/Muradova 2024, Political Studies: <https://researchportal.bath.ac.uk/en/publications/scaling-up-unpacking-the-effect-of-deliberative-mini-publics-on-l/>; Fishkin/Bolotnyy/Lerner/Siu/Bradburn 2024, American Political Science Review: <https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/can-deliberation-have-lasting-effects/341938D11548550CBEBA9B93109065CE>)

Die Online-Beiträge setzen hier sehr stark auf Bildung, Dialog, Beteiligung, Wissen, Transparenz und neue politische Verfahren.

Ein erster Schwerpunkt ist politische Bildung. Sie soll früher beginnen, praktischer werden und nicht bei Institutionenkunde stehen bleiben. Bürger:innen sollen lernen, wie Entscheidungen zustande kommen, warum Verfahren wichtig sind, wie Interessenkonflikte ausgetragen werden, warum einfache Lösungen oft nicht tragen und weshalb Grundrechte auch für Gruppen gelten, die man politisch ablehnt. Auch Politiker:innen, Berater:innen und Journalist:innen brauchen Training in Dialogfähigkeit, komplexem Denken und konstruktiver Auseinandersetzung.

Ein zweiter Schwerpunkt sind neue Dialogräume. Vorgeschlagen werden eine Akademie für Demokratie, parteiübergreifende Programme, politische Akademien als Vorausdenk- und

Dialogzentren, Metakommunikation zwischen Parteien, moderierte Reflexionsräume und Coaching politischer Prozesse. Diese Räume sollen nicht tagespolitische Profilierung fördern, sondern Vertrauen, Perspektivenwechsel und gemeinsame Problemanalyse ermöglichen.

Ein dritter Schwerpunkt ist Beteiligung. Die Beiträge nennen Bürgerräte, Zukunftsräte, Bürgerforen, Townhalls, lokale Beteiligung, Online-Konsultationen, Betroffenenräte und offene Gesetzgebung. Das Dossier bestätigt, dass deliberative Verfahren Vertrauen, Fairnesswahrnehmung und politische Wirksamkeit stärken können, wenn sie gut gestaltet sind. Entscheidend ist aber: Beteiligung darf nicht symbolisch bleiben. Empfehlungen brauchen Anschlussregeln, politische Reaktionen, Follow-up und Evaluation.

Ein vierter Schwerpunkt ist die Verbindung von Wissen und Politik. Vorgeschlagen werden wissenschaftliche Dienste, Sachverständigenräte, kuratiertes Wissen nach Vorbild europäischer Beratungsmechanismen, externe Expertise für Abgeordnete und öffentlich zugängliche Analysen. Gleichzeitig warnen Beiträge davor, Expert:innenräte als Ersatz für demokratische Entscheidung zu missverstehen. Fachwissen soll politische Entscheidungen verbessern, nicht demokratische Verantwortung ersetzen. Deshalb wird auch die Ergänzung durch Betroffenenperspektiven gefordert.

Ein fünfter Schwerpunkt ist institutionelles Lernen. Gesetzgebungsprozesse sollen evaluiert werden. Stellungnahmen sollen nachvollziehbar verarbeitet werden. Entscheidungsgrundlagen sollen öffentlich sein. Beteiligungsverfahren sollen nach Qualität und Wirkung überprüft werden. Große Transformationsaufgaben brauchen koordinierende Strukturen, Zielsysteme, ressortübergreifende Verfahren und laufende Anpassung.

Demokratische Erneuerung bedeutet damit nicht, Parlamente, Parteien oder Gerichte zu ersetzen. Sie bedeutet, diese Institutionen zu öffnen, besser auszustatten, transparenter zu machen und mit Bürger:innen, Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen intelligenter zu verbinden.

3. Gesamtverdichtung

Problemfeld	Was in Österreich sichtbar wird	Passendes Handlungsfeld
Macht wird konzentriert	Regierung, Parteien, Kabinette und informelle Koalitionsrunden dominieren Parlament, Verwaltung, Justiz, ORF und Besetzungen zu stark.	Institutionelle Machtbegrenzung
Kontrolle wird geschwächt	Medien, Parlament, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit können ihre Kontrollfunktion nicht ausreichend wahrnehmen.	Öffentliche Kontrolle und Informationsresilienz
Wettbewerb wird verzerrt	Zuspitzung, Message Control, Klubzwang, Profilierung und mediale Konfliktlogik belohnen destruktives Verhalten stärker als Problemlösung.	Faire Konkurrenz und klare Grenzen

Demokratische Kultur wird geschwächt	Vertrauen, Respekt, Wahrhaftigkeit, Kompromissfähigkeit, gemeinsame Faktenbasis und demokratische Selbstbindung nehmen ab.	Demokratische Kultur, Bildung und Erneuerung
Erneuerung bleibt unzureichend	Viele Reformideen sind vorhanden, werden aber nicht dauerhaft in Verfahren, Institutionen und Routinen übersetzt.	Frühwarnung, Diagnose, Priorisierung und institutionelles Lernen

Die fünf Arbeitsstränge knapp formuliert:

1. **Macht begrenzen**
Parlament, Justiz, VfGH, Staatsanwaltschaften, Verwaltung, ORF, Kabinette und Besetzungsverfahren robuster machen.
2. **Kontrolle sichern**
Medienfreiheit, Transparenz, Zivilgesellschaft, öffentliche Information und Desinformationsresilienz stärken.
3. **Fairen Wettbewerb ermöglichen**
Parlamentarische Verfahren, Parteienanreize, Koalitionslogiken, Oppositionsrechte und ethische Standards so gestalten, dass konstruktive Politik nicht benachteiligt wird.
4. **Demokratische Kultur stärken**
Wahrheit, Respekt, Kompromissfähigkeit, politische Bildung, Dialogfähigkeit und demokratische Selbstbindung sichtbar und verbindlich machen.
5. **Demokratie erneuern und lernfähig machen**
Beteiligung, offene Gesetzgebung, wissenschaftliche Beratung, Evaluation, lokale Demokratie und institutionelles Lernen dauerhaft verankern.

4. Politische Kernaussage

Die Online-Diskussionen im Netzwerk Chance Demokratie und das wissenschaftliche Dossier führen zu einer gemeinsamen Schlussfolgerung:

Die liberale Demokratie in Österreich wird nicht nur dadurch geschützt, dass antidemokratische Akteure abgewehrt werden. Sie wird vor allem dadurch resilient, dass der politische Alltag verändert wird.

Dazu müssen Macht und Kontrolle neu ausbalanciert werden. Das Parlament muss eigenständiger werden. Justiz, Staatsanwaltschaften, ORF und Verwaltung müssen besser gegen parteipolitischen Zugriff abgesichert werden. Medienpolitik muss Qualitätsjournalismus und Unabhängigkeit stärken. Gesetzgebung muss früher, transparenter und offener werden. Bürger:innen, Wissenschaft, Verwaltung und Interessenvertretungen müssen so eingebunden werden, dass politische Entscheidungen besser vorbereitet und besser akzeptiert werden. Parteien müssen wieder stärker Orte demokratischer Willensbildung und weniger Maschinen der kurzfristigen Profilierung sein.

Der eigentliche Maßstab ist einfach: Konstruktive Politik muss einen praktischen Vorteil bekommen. Nicht durch künstliche Harmonie, nicht durch Entpolitisierung und nicht durch Konsenszwang. Sondern durch Verfahren, Institutionen und öffentliche Aufmerksamkeit, die sachliche Arbeit, faire

Auseinandersetzung, überprüfbare Fakten, transparente Entscheidungen und tragfähige Kompromisse belohnen.

Liberaler Demokratie bleibt resilient, wenn demokratische Akteure nicht nur Wahlen gewinnen wollen, sondern die Bedingungen fairer Konkurrenz, begrenzter Macht, unabhängiger Kontrolle und gleicher Rechte auch dann verteidigen, wenn diese Bedingungen der eigenen Seite kurzfristig Grenzen setzen.

Anhang: Probleme und Optionen für die demokratische Resilienz in Österreich

Die folgende Liste fasst Probleme und Handlungsoptionen zusammen, die in den seit Frühjahr 2024 geführten Online-Diskussionen des Netzwerks Chance Demokratie genannt wurden. Grundlage ist eine Sammlung der schriftlichen Beiträge mit Einschätzungen, Erfahrungen und Vorschlägen von aktiven und ehemaligen Politiker:innen, Expert:innen und Wissenschaftler:innen.

Die Beiträge wurden thematisch ausgewertet. Wiederholte oder inhaltlich ähnliche Aussagen wurden gebündelt und in fünf übergeordnete Cluster eingeordnet.

Die Liste ist keine abschließende Reformagenda und keine Bewertung einzelner Vorschläge. Sie macht sichtbar, welche Problemmuster in den Diskussionen wiederkehren und welche Ansatzpunkte für Verbesserungen bereits genannt wurden. Damit kann sie als Grundlage für weitere Debatten, Priorisierungen und Arbeitsgruppen dienen: Welche Probleme sind besonders dringlich? Welche Optionen sind kurzfristig umsetzbar? Welche Fragen brauchen vertiefte fachliche Prüfung? Und wo besteht ausreichend politischer Konsens, um konkrete nächste Schritte vorzubereiten?

1. Machtkonzentration und Aushöhlung von Kontrolle

1.1 Regierungseinfluss auf zentrale Institutionen

Probleme

- Die Regierung hat laut Beiträgen zu starkem Einfluss auf ORF-Gremien, VfGH-Bestellungen und Staatsanwaltschaften.
- Das Justizministerium verfügt über Weisungsrechte gegenüber Staatsanwaltschaften und beeinflusst zugleich deren Karriereverläufe.
- Der VfGH wird als verwundbar beschrieben, wenn eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit Richter:innen bestellen kann, die seine demokratische Schutzfunktion nicht ausüben wollen oder können.
- Altersbedingte Neubesetzungen am VfGH können sich zeitlich bündeln und dadurch einer Regierung in kurzer Zeit großen Einfluss auf die Zusammensetzung des Gerichtshofs geben.
- Sondervoten am VfGH werden als Risiko beschrieben, weil Parteien dadurch das Verhalten „ihrer“ Richter:innen nachträglich kontrollieren könnten.

Optionen

- Der Regierungseinfluss auf die Bestellung von ORF-Gremien soll durch einen neuen Bestellmodus reduziert werden.
- Die Bestellung von VfGH-Richter:innen soll breiter, pluralistischer oder stärker parlamentarisch abgesichert werden.
- Für VfGH-Bestellungen werden höhere Qualifikationserfordernisse, breitere Vorschläge oder eine Einbindung eines Rats der Gerichtsbarkeit beziehungsweise Justizrats genannt.
- Die Amtszeiten von VfGH-Richter:innen könnten fix befristet und zeitlich gestaffelt werden, um gebündelte Neubesetzungen zu vermeiden.

- Sondervoten am VfGH sollen nach einem Beitrag weiterhin nicht eingeführt werden, um politischen Druck auf einzelne Richter:innen zu vermeiden.
- Die Staatsanwaltschaften sollen unabhängiger werden, insbesondere durch Reform oder Abschaffung von Weisungsrecht und Berichtspflichten.
- Die Kontrolle der Staatsanwaltschaften soll nach einem Vorschlag weitgehend durch Gerichte erfolgen.
- Staatsanwaltschaften sollen personell, technisch und sachlich besser ausgestattet werden, insbesondere für Korruptions- und Amtsmissbrauchsdelikte.

1.2 Parlamentarische Kontrolle und Eigenständigkeit

Probleme

- Das Parlament wird als gegenüber Regierung und Parteiführungen institutionell zu wenig selbständig beschrieben.
- Der faktische Klubzwang schwächt laut Beiträgen das freie Mandat und reduziert die parlamentarische Kontrollfunktion.
- Regierungsvorlagen werden häufig fertig verhandelt ins Parlament gebracht, sodass in Begutachtung und Ausschussarbeit kaum mehr substanzielle Änderungen möglich sind.
- Oppositionelle Initiativanträge werden nach einem Beitrag oft vertagt oder nur formal mitverhandelt.
- Der Nationalrat wird von Bürger:innen häufig als Ort von Gezänk und Schlagzeilenproduktion wahrgenommen, nicht als Ort lösungsorientierter Problembearbeitung.
- Ein parteiischer Nationalratspräsident könnte durch Auslegung der Geschäftsordnung, Tagesordnungsplanung und Personalentscheidungen die Arbeit der Opposition blockieren.
- Die Geschäftsordnung bietet nach einem Beitrag keine ausreichenden Möglichkeiten, um einer Schwächung des Parlaments wirksam zu begegnen.
- Dem Parlament fehlen ausreichende unabhängige Expertise und öffentliche Informationsgrundlagen für komplexe politische Entscheidungen.

Optionen

- Der Parlamentarismus soll durch ein Paket zur Stärkung von Parlament, Gewaltenteilung und parlamentarischer Kontrolle geschützt werden.
- Die Geschäftsordnung des Nationalrats soll angepasst werden, um parlamentarische Arbeitsfähigkeit, Ausschüsse und Kontrollrechte besser abzusichern.
- Öffentliche Unterausschüsse oder Enquete-Kommissionen sollen wichtige Problembereiche sachlich vorbereiten und dem Plenum berichten.
- Der Nationalrat soll zu Beginn einer Legislaturperiode zentrale Problembereiche auswählen und diese in einem transparenten Grünbuch- beziehungsweise Weißbuchprozess bearbeiten.
- Der EU-Hauptausschuss soll aufgewertet werden, damit EU-Initiativen frühzeitig im Nationalrat verhandelt und öffentlich diskutiert werden.

- Die Parlamentsdirektion soll mit wissenschaftlichen Ressourcen ausgestattet werden, um Studien, Policy Paper und Analysen öffentlich zugänglich zu machen.
- Bereichssprecher:innen und Ausschussmitgliedern könnten Expert:innen nach Zufallsprinzip zugeordnet werden.
- Elektronische Abstimmungen und eine transparente Online-Darstellung des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten werden als vertrauensbildende Maßnahme vorgeschlagen.
- Ausschussprotokolle, Stellungnahmen und gesetzgeberische Änderungen infolge von Stellungnahmen sollen veröffentlicht werden.

1.3 Ministerien, Kabinette und Verwaltung

Probleme

- Minister:innen haben weitreichende Befugnisse innerhalb ihres Ressorts, die bei ungeeigneten Personen gegen Demokratie und Rechtsstaat gerichtet werden könnten.
- Überdimensionierte Minister:innenkabinette werden als Parallelverwaltung und Risiko für eine sachliche Verwaltung beschrieben.
- Parteipolitische Besetzungen in Leitungsfunktionen der Verwaltung schwächen nach einem Beitrag Qualität, Motivation und demokratische Akzeptanz der Verwaltung.
- Der Wechsel von Kabinetten in die Verwaltung kann einen willfähigen Pool an Sektionschef:innen und Abteilungsleiter:innen begünstigen.
- Die politische Ebene schottet sich nach einem Beitrag zu stark von der Verwaltung ab.
- Die Verwaltung leidet laut Beitrag unter operativer Übersteuerung, strategischer Untersteuerung und Qualitätsverlusten im Service.
- Krisenprävention, Krisenmanagement und Zukunftssicherung werden durch diese Verwaltungsdefizite geschwächt.
- Koalitionsinterne Abstimmungsprozesse werden als nicht optimal aufgesetzt beschrieben.
- Die Verteilung legislativer Ressourcen der Ministerialverwaltung zugunsten der Regierungsklubs wird als klärungsbedürftig bezeichnet.

Optionen

- Minister:innenkabinette sollen verkleinert und mit klaren Qualifikationserfordernissen versehen werden.
- Für Kabinettsmitarbeiter:innen und leitende Funktionen sollen Verhaltenskodizes und überprüfbare Qualitätserfordernisse eingeführt werden.
- Der Wechsel von Kabinetten in die Verwaltung soll nur bei Vorliegen formaler Voraussetzungen möglich sein.
- Für Verwaltungsfunktionen wird mittelfristig ein Concours nach EU- oder französischem Vorbild genannt.

- Aufnahmen und Beförderungen im öffentlichen Dienst sollen durch eine unabhängige Stelle objektiviert und transparent gemacht werden.
- Für Leitungs- und Spitzenfunktionen der Bundesverwaltung sollen verbindliche, wissenschaftlich begleitete Führungslehrgänge eingeführt werden.
- Eine strategische Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt soll Lage- und Umfeldanalysen sowie strategische Ziele unterstützen.
- Krisenmanagement soll von tagespolitischer Intervention abgeschirmt und laufend evaluiert werden.
- Die Bundesregierung könnte eine Geschäftsordnung erhalten, die Abläufe und Zuständigkeiten klarer regelt.
- Koalitionsvereinbarungen könnten Arbeits- und Abstimmungsprozesse klarer festlegen.
- Die Nutzung legislativer Ressourcen für Parlamentsklubs soll rechtlich geklärt werden.
- Für strategische Transformationsaufgaben werden Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt in Verbindung mit einem ständigen Ausschuss und externem Expert:innenbeirat vorgeschlagen.

1.4 Besetzung zentraler politischer Funktionen

Probleme

- Zentrale Funktionen wie Nationalratspräsident:in, Innenminister:in, Justizminister:in, Kanzler:in oder Verfassungsrichter:in können nach den Beiträgen demokratiepolitisch besonders riskant sein, wenn sie mit ungeeigneten Personen besetzt werden.
- Minister:innen-Ernennungen erfolgen laut Beitrag oft unter extremem Zeitdruck.
- Der Schwur auf Demokratie und Republik wird in einem Beitrag als nicht ausreichend angesehen, um Lüge, Korruption, Diskreditierung oder demokratiepolitisch problematisches Verhalten auszuschließen.
- Für Nationalratspräsident:innen wird fehlende parlamentarische Erfahrung oder fehlende objektive Amtsführung als Risiko beschrieben.
- Für Regierungsmitglieder wird problematisch gesehen, wenn sie Parteiinteressen über das allgemeine Beste stellen.
- Die soziale Schichtung des Parlaments wird in einem Beitrag als demokratiepolitisches Defizit beschrieben, wenn unterprivilegierte Menschen nur durch Eliten vertreten werden.

Optionen

- Für zentrale politische Funktionen sollen transparente Auswahlprozesse und Mindeststandards festgelegt werden.
- Ministerkandidat:innen könnten sich öffentlichen Hearings stellen.
- Für Regierungsmitglieder werden fachliche Eignung, demokratische Gesinnung und bisherige politische Aussagen als Kriterien genannt.

- Demokratiegefährdende, verhetzende oder nachweislich unwahre Aussagen sollen nach einem Beitrag für ein Amt disqualifizieren.
- Für Nationalratspräsident:innen werden parlamentarische Erfahrung, Geschäftsordnungskennntnis, Verhandlungsbereitschaft, Kompromissfähigkeit und objektive Amtsausübung genannt.
- Für Regierungsmitglieder werden fachliche Versiertheit, Führungsfähigkeit und Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie genannt.
- Kandidat:innen für Ministerämter sollen bereits während Koalitionsverhandlungen vertraulich gescreent werden.
- Für hochrangige Funktionen werden Unbescholtenheit, Ethikkatalog, Unvereinbarkeiten und Cooling-off-Perioden vorgeschlagen.
- Ein Public-Value-Test beziehungsweise Demokratie-Check für Politiker:innen wird zumindest für zentrale Funktionen vorgeschlagen.
- Mission Letters des Kanzlers oder der Kanzlerin an Minister:innen sollen öffentliche Zielklarheit und Umsetzungsdruck schaffen.
- Eine öffentliche Antwort der Minister:innen auf Mission Letters wird als Möglichkeit genannt, den Umsetzungswillen sichtbar zu machen.

1.5 Korruption, Haftung und Verantwortung

Probleme

- Korruption wird als Vertrauensproblem und Standortfaktor beschrieben.
- Die Diskussion über Korruption und Korruptionsbekämpfung wird als politisch schwierig dargestellt.
- Es werden Gruppen genannt, die ein Eigeninteresse daran haben könnten, Korruptionsbekämpfung zu bremsen.
- Korruption wird als Faktor beschrieben, der Vertrauen gezielt zerstören und Österreich gesellschaftlich sowie wirtschaftlich schaden kann.
- Für politische Organe fehlen nach einem Beitrag ausreichende zivilrechtliche Haftungsansätze.

Optionen

- Die Korruptionsbekämpfung soll sachlich, sorgfältig und ohne zusätzlichen Schaden diskutiert werden.
- Staatsanwaltschaften sollen für Korruptions- und Amtsmissbrauchsdelikte besser ausgestattet werden.
- Die Geltendmachung von Amtshaftung soll auch gegenüber Regierungsmitgliedern erleichtert werden.
- Politische Organe sollen zivilrechtlich für ihr Handeln haften können.

- Für Berufspolitiker:innen werden strengere Konsequenzen bei Falschaussagen oder Hetze gefordert.

2. Angriff auf öffentliche Kontrolle und demokratische Öffentlichkeit

2.1 Medienförderung, Regierungsinserate und Medienzugang

Probleme

- Die Medienförderung wird als wettbewerbsverzerrend beschrieben, weil Boulevardmedien deutlich stärker profitieren als konstruktive Qualitätsmedien.
- Regierungsinserate werden als willkürlich und freihändig vergeben beschrieben.
- Regierungsinserate werden als Gefahr für die Unabhängigkeit von Journalismus dargestellt.
- Einige Medien werden bei Regierungsreisen bevorzugt, wodurch sie als „embedded journalists“ erscheinen können.
- Medien, die nicht Mitglied in Presserat oder vergleichbaren Berufsverbänden sind, können journalistische Qualitätsregeln ignorieren.
- Die Finanzierung von Journalismus wird als echtes und komplexes Problem beschrieben.
- Printmedien stehen laut Beitrag unter wirtschaftlichem Druck, während Inseratengelder zunehmend zu Online-Giganten abwandern.
- Gekaufter Journalismus und Troll-Fabriken untergraben nach einem Beitrag das Vertrauen der Konsument:innen.

Optionen

- Die ungleiche Verteilung staatlicher Medienförderung soll beendet werden.
- Öffentliche Gelder sollen konstruktive, kritische und qualitätsorientierte Medien ausreichend unterstützen.
- Regierungsinserate sollen abgeschafft oder zumindest streng geregelt werden.
- Regierungsinformation soll nach einem Kommentar auf echte Regierungsinformation beschränkt und nicht als Inserat einzelner Ministerien gestaltet werden.
- Der Zugang zu Regierungsreisen soll für alle Medien gleich geregelt werden.
- Förderungen sollen an Qualitätsstandards und Mitgliedschaft in Berufsverbänden wie dem Presserat gebunden werden.
- Medien, die Qualitätsstandards verletzen, sollen von öffentlichen Förderungen ausgeschlossen werden.
- Unabhängiger, vielfältiger und qualitätsvoller Journalismus soll als zentraler Pfeiler liberaler Demokratie gefördert werden.
- Gemeinnütziger, nicht gewinnorientierter Journalismus soll stärker gefördert werden.

- Gemeinsam nutzbare Infrastruktur, Innovation und Journalismusförderung aus Digitalsteuer-Einnahmen werden als Optionen genannt.
- Plattformen sollen strenger reguliert werden.

2.2 ORF, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Medienvielfalt

Probleme

- Der ORF wird als demokratiepolitisch wichtiger Akteur beschrieben, der zu stark unter Regierungseinfluss steht.
- Angriffe auf den ORF werden als Teil einer Strategie beschrieben, Vertrauen in Medien und Journalist:innen zu senken.
- Begriffe wie „Zwangsgebühren“, „Lügenpresse“, „Staatsfunk“ oder „Mainstream-Medien“ können nach einem Beitrag Strategien der Delegitimierung unterstützen.
- Der Blick auf Ungarn, Slowakei, AfD und FPÖ-Parteiprogramm wird als Mahnung für Medienvielfalt, Eigenständigkeit und Pressefreiheit genannt.

Optionen

- Die Unabhängigkeit des ORF soll durch eine umfassende Gremienreform abgesichert werden.
- Angriffe auf Journalist:innen und Medien sollen nicht nur als Einzelfälle, sondern in ihrer Strategie thematisiert werden.
- Delegitimierende Begriffe gegenüber Medien sollen nicht unreflektiert übernommen werden.
- Redaktionen sollen sich aktiv mit journalistischen Orientierungspunkten und Preisen wie Prälats-Ungar-Preis, Vorhofer-Preis, Gatterpreis, Hochner-Preis oder Portisch-Preis auseinandersetzen.

2.3 Desinformation, Parallelöffentlichkeiten und Social Media

Probleme

- Social Media werden als Echoraum des Position-Beziehens beschrieben.
- Plattformlogik und Algorithmen werden als Einflussfaktoren auf gesellschaftlichen Diskurs genannt.
- „Als-ob-Medien“, Propaganda, Desinformation und interessen geleitete Kommunikation können unabhängigen Journalismus umgehen.
- Parallel-Medienuniversen können Publikum in einer Bubble halten.
- Hasspostings und Fake News werden als Problem für demokratische Kommunikation genannt.
- Künstliche Intelligenz wird als möglicher Einflussfaktor auf den gesellschaftlichen Diskurs genannt.
- Bildungsinstitutionen werden als überfordert im Umgang mit Social Media beschrieben.

Optionen

- Entscheidungsträger:innen in Politik, Justiz und Wirtschaft sollen Medienkompetenz erwerben.
- Medienkompetenz soll erklären, was Journalismus von Unternehmenskommunikation, Werbung, Desinformation und Propaganda unterscheidet.
- Medienkompetenz soll vermitteln, wie Social Media, Plattform-Algorithmen und KI wirken.
- Parteien und demokratische Institutionen sollen soziale Medien verantwortungsvoll nutzen.
- Gesetzliche und technische Maßnahmen gegen Hasspostings und Fake News werden genannt.
- Professionelle Auftritte der politischen Mitte in sozialen Medien werden vorgeschlagen.

2.4 Sichtbarkeit konstruktiver Öffentlichkeit

Probleme

- Medien leben nach Beiträgen oft stärker von Schlagzeilen als von Inhalten und Aufklärung.
- Eine Monokultur investigativer oder scheinbar investigativer Berichterstattung wird als schädlich für Medienkultur und Demokratie beschrieben.
- Positive Erfahrungen, Projekte und Personen erhalten laut Beitrag zu wenig Platz in journalistisch gestalteten Räumen.
- Konstruktive politische Prozesse und Teamarbeit werden medial selten sichtbar gemacht.
- Journalistischer Quotendruck und Interviewlogik können destruktive Auseinandersetzung verstärken.

Optionen

- Positive Beispiele, gelungene Projekte und Personen, die Orientierung geben, sollen stärker journalistisch sichtbar gemacht werden.
- Eine „Wall of Democracy“ mit Beispielen ausgezeichneten Journalismus wird als Idee genannt.
- Medien sollen konstruktive politische Prozesse, Kompromisswege und gemeinsame Gesetzgebungsarbeit sichtbar machen.
- Parteizugehörigkeit und Credits von Gesprächspartner:innen könnten in Berichten oder Interviews nachrangig genannt werden, um Inhalte stärker in den Vordergrund zu rücken.
- Journalist:innenausbildung soll stärker auf verbindendes Nachfragen und vertiefende Gesprächsführung ausgerichtet werden.
- Neue Medienformate nach Art des Pragmaticus werden vorgeschlagen.

2.5 Transparenz als öffentliche Kontrollvoraussetzung

Probleme

- Es fehlt laut Beiträgen an Transparenz bei Stakeholderkontakten, Gesetzgebung, Personalentscheidungen und öffentlichen Ausgaben.
- Die Einbindung von Stakeholdern wird als hochgradig politisiert beschrieben.
- Ohne Information über Stakeholderkontakte werden persönliche Beziehungen und informelle Zugänge wichtiger.
- Bürger:innen misstrauen politischen Entscheidungen, wenn Kosten und Verfahren nicht transparent sind.
- Intransparente Ausgaben verstärken den Eindruck, „die da oben richten sich’s“.

Optionen

- Termine von Nationalrät:innen bis Minister:innen sollen öffentlich dokumentiert werden.
- Personalentscheidungen sollen transparenter gestaltet und gegebenenfalls durch öffentliche Hearings begleitet werden.
- Ausgaben von Gemeinden sollen bis zur Einzelrechnung transparent gemacht werden.
- Ein Ausgaben-Transparenzgesetz soll Buchhaltung und Information über alle Gebietskörperschaften hinweg regeln.
- Entscheidungsgrundlagen, Studien, Positionspapiere und Prüfergebnisse sollen veröffentlicht werden.
- Eine neutrale öffentliche Online-Informationsplattform für Dokumente wird vorgeschlagen.
- Die Parlamentsdirektion soll laufende Gesetzgebungsprozesse, Verordnungen und Mitspracherechte medientauglich und in einfacher Sprache erklären.

3. Verzerrung demokratischer Konkurrenz

3.1 Parteidominanz, Klubzwang und Ressourcenlogik

Probleme

- Der politische Alltag wird als stark von Parteien und ihrer Wettbewerbsdynamik geprägt beschrieben.
- Parteien entwickeln nach Beiträgen Eigeninteressen, wollen wachsen und ihren Einfluss ausweiten.
- Der Wettbewerb der besten Ideen wird als häufig nur vorgeschobenes Narrativ bezeichnet.
- Der faktische Klubzwang beschränkt die Eigenständigkeit von Abgeordneten.
- Parteien nutzen ihre Parlamentsklubs laut Beitrag als Stimmvieh für fertige Vorlagen.
- Regierungsmitglieder verstehen sich nach einem Beitrag oft mehr als Vertreter:innen ihrer Partei oder Interessengruppen als der gesamten Bürgerschaft.

- Parteienförderung und Mandatsträgerbeiträge werden als Teil problematischer Ressourcenlogiken genannt.

Optionen

- Der Klubzwang soll zumindest zu bestimmten Themen abgeschafft oder verboten werden.
- Der Einfluss der Parteien soll stärker relativiert werden.
- Die Parteienförderung soll schrittweise reduziert oder nach einem Beitrag halbiert werden.
- Parteimitgliedschaft für Führungskräfte im öffentlichen Dienst soll nach einem Vorschlag verboten werden.
- Problemlöser:innen sollen innerparteilich belohnt und etwa mit fixen Listenplätzen ausgestattet werden.
- Erfolgreich zusammenarbeitende Abgeordnete sollen öffentlich sichtbar gemacht werden.
- Parteien sollen eine Balance aus Wettbewerb und Kooperation, also „Coopetition“, entwickeln.

3.2 Message Control, Profilierung und mediale Aufmerksamkeit

Probleme

- Parteilinie, Message Control, Quotendruck, Umfragen und kurzfristige Profilierung werden als Haupthindernisse konstruktiver Zusammenarbeit genannt.
- Profilierungsinteressen überlagern laut Beitrag inhaltlich und politisch Wesentliches.
- Politiker:innen schießen nach Umfragen, insbesondere nach solchen zur eigenen Klientel.
- Inhalte und Faktenwissen treten zurück, wenn Meinungsumfragen und Klientelansprache dominieren.
- Persönlichkeitskult belohnt Politiker:innen, die sich als Einzelakteur:innen profilieren.
- Konstruktive Teamarbeit wird gegenüber medialer Einzelprofilierung benachteiligt.
- Der politische Kompromiss ist laut Beiträgen nicht ausreichend positiv besetzt.
- Destruktive Parteien scheinen nach einem Beitrag bei Wähler:innen derzeit Vorteile zu haben.

Optionen

- Profilierungsinteressen, Message Control und destruktive Kommunikation sollen offen benannt werden.
- Auf Diskurs statt auf Kampagnen soll gesetzt werden.
- Message Control soll nach einem Vorschlag bedeuten, evidenzbasiert zu handeln.
- Politische Prozesse und Kompromisse sollen aktiv kommuniziert und sichtbar gemacht werden.
- Mediale und parlamentarische Formate sollen zeigen, wie Kompromisse zwischen Parteien zustande kommen.

- Destruktives Verhalten Einzelner soll offen thematisiert und adressiert werden.
- Konstruktive Zusammenarbeit soll durch Anerkennung, Auszeichnungen, Karriereanreize oder Preise unterstützt werden.
- Feedback-Systeme, Mentoring, Schulungen, Workshops, Berichte und Konferenzen werden als Kooperationsanreize genannt.

3.3 Regierung-Opposition-Logik und parlamentarischer Wettbewerb

Probleme

- Der Nationalrat wird als Bühne von Schwarz-Weiß-Debatten zwischen Regierung und Opposition beschrieben.
- Sachlich-inhaltliche Diskussionen finden laut Beitrag selten statt.
- Viele offensichtliche Probleme bleiben ungelöst, weil die wählermaximierende Perspektive den Parlamentsbetrieb dominiert.
- Die fast monopolartige Stellung der Regierung bei Gesetzgebung wird als tiefere Ursache parlamentarischer Schwäche beschrieben.
- Der Regierung-Opposition-Gegensatz blockiert nach Beiträgen die Erörterung von Alternativen.
- Populistische Themen untergraben laut Beitrag sorgfältiges Abwägen und schwächen die Korrektur durch Volksvertreter:innen.

Optionen

- Das Parlament soll wieder zu einem Ort sachlich-inhaltlicher Lösungssuche werden.
- Zu Beginn einer Legislaturperiode soll eine kurze Liste wichtiger Problembereiche beschlossen werden.
- Probleme sollen zunächst definiert und analysiert, Lösungsansätze gesammelt und in Weißbüchern festgehalten werden.
- Fraktionen, Wissenschaft, politische Akademien, Enqueten und Bürgerforen sollen in öffentliche Diskursprozesse eingebunden werden.
- Die Ergebnisse solcher Prozesse sollen in normale parlamentarische Verfahren münden.
- Ein straffer Zeitplan soll sicherstellen, dass ein Ergebnis erzielt wird oder sichtbar kein Ergebnis zustande kommt.
- Selbstbewusste Abgeordnete werden als Gegenmittel gegen die Unterbindung parlamentarischer Korrektur genannt.

3.4 Faire Konkurrenz gegenüber extremen oder illiberalen Akteuren

Probleme

- Rechts-populistische und autoritäre Kräfte kritisieren „das System“ und „Systemparteien“ und können damit punkten.

- Eine rechts-populistische autoritäre Rechte wird als Faktor pessimistischer gesellschaftlicher Stimmung genannt.
- Eine zu nachsichtige Haltung gegenüber rechtsextremen Parteien wird in einem Beitrag als Schwächung der Demokratie beschrieben.
- Die Erosion der Demokratie wird beschrieben, wenn sie erstarrt, in Lager zerfällt und die politische Mitte ausdünn.
- Extreme einseitige Positionen können laut Beitrag Folgen haben, die in der Kommunikation nicht ausreichend erkennbar sind.

Optionen

- Demokratische Kräfte sollen Probleme klar ansprechen und nicht schönreden.
- Demokratische Kräfte sollen kontinuierlich und offensiv mit Wechselwähler:innen und Nichtwähler:innen arbeiten.
- Der Wettbewerb politischer Ideen soll gestärkt werden.
- Die politische Mitte soll durch Kompromissfähigkeit und regelmäßigen Meinungs Austausch stabilisiert werden.
- Plattformen mit starker Beteiligung von Jungen und Frauen sollen geschaffen werden.
- Repräsentant:innen der Demokratie sollen gezielter ausgewählt, befähigt und verpflichtet werden.
- Repräsentant:innen der Ränder sollen nach einem Beitrag „vorgeführt“ werden.
- Demokratische Institutionen sollen modernisiert werden, um gegenüber antidemokratischen Tendenzen relevant und wirksam zu bleiben.

4. Schwächung liberal-demokratischer Kultur

4.1 Vertrauen, Gesprächsfähigkeit und Kompromiss

Probleme

- Konstruktive Zusammenarbeit basiert laut Beitrag auf Vertrauen, das zwischen politischen Akteur:innen oft fehlt.
- Vorschläge werden zu oft automatisch abgelehnt, weil sie von der anderen Seite kommen.
- Politische Mitbewerber:innen sind immer weniger bereit, miteinander zu reden und auf andere Meinungen einzugehen.
- Vorgefertigte Worthülsen sprechen Bürger:innen nicht an.
- Die Bürger:innen tendieren laut Beitrag zu klaren, aber unrealistischen oder demokratiegefährdenden Ansagen, wenn sie sich von Politik nicht angesprochen fühlen.
- Kompromissbereitschaft wird durch Unglaubwürdigkeit politischer und wirtschaftlicher Eliten geschwächt.

- Demokratie verliert Akzeptanz, wenn Parteien eindeutig formulierte Themen der Bürger:innen laufend ignorieren.

Optionen

- Mehr Zuhören und gepflegte Debatten online und offline werden vorgeschlagen.
- Seriöse Kontaktstellen zwischen politischen Lagern sollen wieder entstehen.
- Überparteiliche Initiativen für gute Diskussionskultur werden vorgeschlagen.
- Gemeinsames soll stärker betont und Kompromissfindung gefördert werden.
- Partei- und lagerübergreifende Initiativen sollen zeigen, dass Zusammenarbeit erfolgreich sein kann.
- Öffentlich wirksames Zusammenarbeiten von Institutionen wie WKO und AK wird als vertrauensbildendes Beispiel genannt.
- Kompromisse sollen wieder positiv besetzt werden.
- Politik soll plausible Konzepte statt bloßer Einzelmaßnahmen vorlegen.
- Komplexität soll entwirrt und Zuversicht durch realistische Zukunftsbilder gefördert werden.

4.2 Sprache, Wahrheit und demokratische Normen

Probleme

- Aggressive, untergriffige und hetzerische Sprache hindert laut Beitrag sachlichen Dialog.
- Begriffe wie „dumm“ oder „verrückt“ können dazu beitragen, dass sich mehr Menschen einer solchen Sprache anschließen.
- Gewalt wird als mögliche Folge zunehmend aggressiver Sprache angesprochen.
- Rüpelhaftes Verhalten wird nach einem Beitrag pardonierte oder sogar akklamiert.
- Die demokratische „Linie im Sand“ wird verwischt, wenn Grundwerte und Konventionen nicht eingefordert werden.
- Falschaussagen und Hetze durch Politiker:innen oder Parteien werden als Problem genannt.
- Bürger:innen fühlen sich für dumm verkauft, wenn Politik offensichtliche Probleme nicht ehrlich anspricht.
- Grundlegende Fakten zu Klimawandel, Migration oder Impfungen stehen laut Beitrag politisch nicht ausreichend außer Streit.
- Irrationale Positionen werden als zu wenig aktiv widersprochen beschrieben.

Optionen

- Politiker:innen sollen die richtigen Worte für sachlichen Diskurs finden.
- Demokratiekompatible Werte und Konventionen sollen sichtbar gemacht und eingefordert werden.
- Ein Ethikkodex für Politiker:innen soll demokratiekompatible Werte und Konventionen definieren.

- Eine unabhängige, parteifreie Ethikkommission soll die Einhaltung eines solchen Kodex überwachen.
- Verstöße gegen den Ethikkodex sollen öffentlich kommuniziert und gegebenenfalls sanktioniert werden.
- Falschaussagen und Hetze sollen stärkere Konsequenzen haben.
- Grundlegende Fakten sollen außer Streit gestellt werden.
- Irrationale Positionen sollen gemieden und aktiv widersprochen werden.
- Hochschulen sollen Falschwahrheiten öffentlich widersprechen.
- Schulen und Medien sollen Demokratiekompetenz und demokratische Konventionen vermitteln.

4.3 Politische Bildung und Demokratieverständnis

Probleme

- Politische Bildung wird nach einem Beitrag manchmal bewusst behindert.
- Politische Bildung wird als mehr beschrieben als verfassungsdogmatische Institutionenlehre.
- Bürger:innen und Politiker:innen zeigen laut Arena-Analyse wechselseitige Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen.
- Bürger:innen haben den Eindruck, ihre Meinung zähle nicht.
- Politiker:innen glauben laut Beitrag, das Elektorat sei schlecht informiert.
- Es besteht der Trugschluss, für komplexe Herausforderungen gebe es einfache Lösungen.
- Kinder und Jugendliche sollten nicht allein gelassen werden, wenn sie entscheiden, woher sie ihr Wissen beziehen.

Optionen

- Politische Bildung soll bereits in der Pflichtschule beziehungsweise ab der Volksschule beginnen.
- Demokratieverständnis soll durch gemeinsame Entscheidungsfindungsprozesse praktisch eingeübt werden.
- Politische Bildung soll Stufenbau der Rechtsordnung, Kompetenzverteilung, Bürgerrechte und Parteiprogramme vermitteln.
- Politische Bildung soll nicht nur informieren, sondern zur aktiven Teilnahme an politischen Prozessen befähigen.
- Trainingsprogramme sollen kommunikative Fähigkeiten und Dialogkultur politischer Akteur:innen stärken.
- Workshops und Seminare für kooperatives Handeln werden vorgeschlagen.
- Medienkompetenz und Umgang mit komplexen Antworten sollen geübt werden.

- Entscheidungsträger:innen sollen lernen, die richtigen Fragen an Expert:innen und KI zu stellen.

4.4 Elitenkritik, Repräsentation und soziale Realität

Probleme

- Politische und wirtschaftliche Eliten werden als unglaubwürdig beschrieben, wenn sie selbst wenig Kompromissbereitschaft zeigen.
- Wohlhabende und Mächtige profitieren nach einem Beitrag von Missachtung der Demokratie und Entpolitisierung vieler Menschen.
- Demokratiereform wird laut Beitrag zu oft in elitären Zirkeln verhandelt.
- Unterprivilegierte, arme, behinderte, obdachlose oder zu kurz gekommene Menschen kommen in Reformdiskussionen zu wenig vor.
- Expert:innenmeinungen werden als möglicherweise abhängig von Karriereinteressen und parteipolitischer Kompatibilität beschrieben.
- Expert:innengremien können nach einem Beitrag gesellschaftliche Schichten verzerrt abbilden.

Optionen

- Demokratie-Townhalls mit armen, behinderten, unterprivilegierten, obdachlosen, wohnungssuchenden und kritischen Menschen werden vorgeschlagen.
- Betroffenenräte sollen Expert:innenräten zur Seite gestellt werden.
- Verschiedene Interessen, insbesondere organisierte Interessen der Lohnabhängigen, sollen stärker berücksichtigt werden.
- Neue Formen der Klärung und Artikulation von Interessen sollen gestärkt werden.
- Bürger:innenbeteiligung soll stärker auf lokaler Ebene beginnen.
- Politisches Engagement soll attraktiver gemacht werden, ohne die Privilegienfalle zu verstärken.
- Politiker:innen sollen der Gesellschaft regelmäßig Rechenschaft ablegen.

4.5 Verantwortung, Reflexion und Rollenverständnis politischer Akteur:innen

Probleme

- Politiker:innen werden als stark von Öffentlichkeit und Medienaufmerksamkeit getrieben beschrieben.
- Politik wird laut Kommentar stärker macht- als ergebnisorientiert betrieben.
- In politischen Prozessen fehlt nach einem Beitrag oft eine neutrale, moderierende Instanz.
- Der Kontrollanspruch politischer Akteur:innen verhindert offene Arbeitsstrukturen.

- Regierende sollen laut Beitrag im Interesse ihrer Körperschaft handeln und Parteiinteressen zurückstellen.
- Politiker:innen und Journalist:innen werden in einem Beitrag als Mitverantwortliche für negative Effekte destruktiver Öffentlichkeit beschrieben.

Optionen

- Politiker:innen sollen Strategie- und Reflexionsräume schaffen.
- Geschützte Räume nach Art politischer Salons werden als Möglichkeit genannt.
- Metakommunikation zwischen Parteien soll in geschützten und moderierten Rahmen stattfinden.
- Politiker:innen sollen selbst Pilotprojekte für Reflexion über politische Praktiken starten.
- Systemisches Coaching soll größere politische Entscheidungs- und Transformationsprozesse begleiten.
- Regelmäßiger individueller Austausch mit Coaches soll Parlamentarier:innen offenstehen.
- Mediation beziehungsweise unabhängige Moderation bei politischen Konflikten wird vorgeschlagen.

5. Unzureichende Reparatur- und Erneuerungsfähigkeit

5.1 Gesetzgebung, Begutachtung und offene Verfahren

Probleme

- Gesetzgebungsprozesse brauchen laut Beiträgen mehr Vorlauf und längere Begutachtungsfristen.
- Kritik in Begutachtungen wird nach einem Beitrag zu wenig berücksichtigt.
- Stellungnehmende erhalten zu wenig Rückmeldung.
- Last-minute-Gesetzesvorschläge mit zwei Wochen Begutachtungsfrist werden als Negativbeispiel genannt.
- Zu Beginn einer Legislaturperiode fehlt Transparenz über anstehende legislative Projekte.
- Der Diskurs über Vorhaben entsteht oft erst mit Ministerialentwurf oder Initiativantrag.
- Parlament, Medien und Stakeholder haben dadurch zu wenig Zeit für Vorbereitung.
- Unstrukturierte Diskussion erhöht laut Beitrag den Einfluss von Partikularinteressen und Blockademöglichkeiten.

Optionen

- Gesetzgebungsprozesse sollen mehr Vorlauf und längere Begutachtungsfristen erhalten.
- Kritik aus Stellungnahmen soll berücksichtigt und beantwortet werden.
- Fachabteilungen der Ressorts sollen zu Beginn einer Legislaturperiode Vorhabensberichte für anstehende Legistikvorhaben erstellen.

- Vorhabensberichte sollen dem Parlament vorgelegt und jährlich aktualisiert werden.
- Für Legistikvorhaben sollen Startworkshops mit Parlamentarier:innen und relevanten Stakeholdern gesetzlich vorgesehen werden.
- Stellungnahmen und Synopsen der Ressorts sollen veröffentlicht werden.
- Gesetzgebungsprozesse sollen nach dem Modell Grünbuch, Weißbuch, Gesetzesvorschlag und Parlamentsverfahren transparenter gestaltet werden.
- Ein verfassungsrechtlich garantiertes Informations- und Konsultationsrecht wird vorgeschlagen.
- Vorhabensberichte, Jahresprogramme und Strategien der Bundesregierung sollen veröffentlicht werden.
- Gesetzesentwürfe sollen wieder stärker aus zuständigen Ministerialsektionen heraus erarbeitet und anschließend ohne Zeitdruck begutachtet werden.
- Gesetzesprüfungsverfahren, Folgenabschätzungen und Evaluierungsberichte sollen weiterentwickelt und veröffentlicht werden.

5.2 Bürger:innenbeteiligung und deliberative Verfahren

Probleme

- Bürger:innenbeteiligung findet laut Beiträgen oft zu spät, zu wenig transparent oder zu hochschwellig statt.
- Beteiligung auf Bundesebene wird als oft zu politisch, zu weit weg und schwer verständlich beschrieben.
- Politische Entscheidungen mit großer Tragweite werden nach einem Beitrag in zu kleinen Kreisen ausgehandelt und fertig vorgestellt.
- Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen sind für einzelne Bürger:innen mitunter zu hochschwellig.
- Bürgerräte können im Wahlkampf selbst zum Streitgegenstand werden.
- Bei Bürger:innenräten droht der Erfolg zu leiden, wenn die Umsetzung von Empfehlungen nicht langfristig begleitet wird.

Optionen

- Bürger:innenräte sollen als zusätzliches Instrument neben Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen institutionalisiert werden.
- Bürger:innenräte sollen Deliberation und Konsensbildung fördern.
- Die Umsetzung von Empfehlungen aus Bürger:innenräten soll langfristig begleitet werden.
- Bürgerbeteiligung außerhalb der Wahlen soll forciert werden, ohne Verfassungsorgane zu übergehen.
- Zukunftsräte oder weiterentwickelte Online-Konsultationen sollen Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren begleiten.

- Beteiligung soll lokal und auf Landesebene gestärkt werden.
- Bürger:innenbeteiligungsgesetze sollen regeln, ab welcher Ausgabenhöhe Bürger:innen mitbestimmen.
- Offene digitale oder analoge Bürgerforen sollen größere Gesetzesvorhaben präsentieren und diskutieren.
- Townhallmeetings werden als mögliches Verfahren größerer Transparenz und Bürgernähe genannt.
- Beteiligung soll in Formen wie „mitreden“, „mitwirken“ und „mitbestimmen“ differenziert werden.
- Verhandlungen mit Vertreter:innen qualifizierter Volksinitiativen werden vorgeschlagen.

5.3 Wissenschaft, Expertise und Wissensgrundlagen

Probleme

- Das Parlament ist mit komplexen Fragen konfrontiert, die Parlamentarier:innen allein schwer bewältigen können.
- Medien und Öffentlichkeit haben oft zu wenig unabhängige Informationen über größere politische Prozesse.
- Wissenschaftliche Gutachten und Beiräte existieren, kommen aber laut Beitrag oft nicht zu konkreten und umsetzbaren Ergebnissen.
- Wissenschaftler:innen ziehen sich im Diskurs häufig auf ihr Fachgebiet zurück oder geben keine konkreten politischen Empfehlungen.
- Österreich fehlt nach einem Beitrag ein kontinuierlicher Mechanismus für kuratiertes Wissen zu wichtigen Fragen.
- Vertrauen von Bevölkerung und Politik in Expert:innenwissen und künftig KI wird als verbesserungswürdig beschrieben.

Optionen

- Wissenschaftliche Ressourcen für Abgeordnete sollen ausgebaut werden.
- Ständige Sachverständigenräte zu größeren politischen Herausforderungen werden vorgeschlagen.
- Sachverständigenräte sollen interdisziplinär arbeiten und öffentlich diskutierte Ergebnisse liefern.
- Ministerien sollen zu Ergebnissen solcher Gremien Rede und Antwort stehen.
- Politik soll kuratiertes Wissen nach Vorbild des Science Advice Mechanism der EU-Kommission nutzen.
- Expert:innen sollen in parlamentarische Unterausschüsse und Vorabstimmungen eingebunden werden.

- Bürger:innenräte und Sachverständigenräte sollen gemeinsam Entscheidungsgrundlagen und Überblick schaffen.
- Offene Daten und nachvollziehbare Konsequenzen sollen Bürger:innen uneingeschränkte Beteiligung ermöglichen.
- Das Wissen von Expert:innen und KI soll genutzt werden, wobei Politik und Gesellschaft ihre Haltung zur Wissenschaft neu ordnen sollen.

5.4 Komplexe Transformationsaufgaben und Koordination

Probleme

- Das politische System wird als kaum mehr fähig beschrieben, komplexe Probleme wie ökologische Transformation, Digitalisierung, Migration oder demografischen Wandel zu lösen.
- Politik und Verwaltung sind nach einem Beitrag nicht für vielschichtige, interdisziplinäre und ressortübergreifende Transformationsprozesse gebaut.
- Interministerielle Arbeitsgruppen werden als mühsam und selten ergiebig beschrieben.
- Schnittstellen zwischen Ministerien sowie zwischen Bund und Ländern funktionieren laut Beitrag nicht ausreichend.
- Bei komplexen Aufgaben wird zu stark auf politische Positionen und zu wenig auf fachliche Notwendigkeiten geachtet.
- Zielsysteme können in volatilen Lagen zu starr sein, wenn sie nicht laufend evaluiert und weiterentwickelt werden.

Optionen

- Stärkere koordinierende Funktionen sollen entwickelt werden, die komplexe Prozesse steuern und koordinieren können.
- Zielsysteme sollen permanent evaluiert und weiterentwickelt werden.
- Für bestimmte Themengebiete wird eine stärkere Richtlinien- oder Letztentscheidungskompetenz nach Abstimmung und Konsultation unabhängiger Wissenschaftler:innen diskutiert.
- Staatssekretär:innen für strategische Transformationsaufgaben im Bundeskanzleramt werden als pragmatischer Vorschlag genannt.
- Ein ständiger Ausschuss im Nationalrat und ein externer Expert:innenbeirat sollen Transformationsaufgaben begleiten.
- Strategien, Ziele und Maßnahmen sollen systematisch erarbeitet, kommuniziert und mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Ländern und Gemeinden entwickelt werden.

5.5 Institutionelles Lernen, Evaluation und dauerhafte Reformfähigkeit

Probleme

- Reformideen werden laut Beiträgen oft diskutiert, aber nicht dauerhaft in verbindliche Verfahren übersetzt.
- Politische Prozesse wirken für Bürger:innen häufig wie leere Rituale, wenn Entscheidungen tatsächlich anderswo getroffen werden.
- Die Politik erscheint durch Inszenierung und Intransparenz delegitimiert.
- Vertrauensverlust in Institutionen untergräbt Legitimität und Umsetzbarkeit politischer Entscheidungen.
- Die demokratische Akzeptanz leidet, wenn Verwaltung und Politik qualitativ nicht ausreichend funktionieren.
- Eine mangelnde Qualität politischer Praxis kann langfristig die Plausibilität und Wertschätzung von Demokratie reduzieren.
- Die Menschen interessieren sich laut Grünbuch Demokratieforum für eine Politik, die Probleme lösen kann, und verlieren Vertrauen, wenn sie das nicht erlebt.

Optionen

- Demokratie soll durch Transparenz, Bürgerbeteiligung und innovative Entscheidungsmodelle erneuert werden.
- Die Demokratie soll von unten, insbesondere in Gemeinden und Bezirken, neu gestärkt werden.
- Öffentliche Debatten über Demokratie und Verbesserungen sollen fortlaufend geführt werden.
- Neue Partizipationsformen und transparente Informationsmethoden sollen in konkreten Projekten erprobt werden.
- Gemeinderatssitzungen oder andere lokale Prozesse sollen per Videostream zugänglich gemacht werden.
- Gesetze sollen regelmäßig evaluiert werden.
- Öffentlich zugängliche Evaluierungsberichte sollen erstellt werden.
- Die Parlamentsarbeit soll auf Diskutieren, Konsultieren, Entscheiden und Kontrollieren konzentriert werden.
- Parlamente sollen eigenständig und transparent entscheiden und die Regierung kontrollieren.
- Politische Akademien sollen zu Vorausdenk- und Dialogzentren weiterentwickelt werden.
- Eine Akademie für Demokratie soll parteiübergreifenden Dialog zwischen Parlament, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.
- Politische Akademien oder eine politische Akademie der Parlamentsdirektion sollen stärker an Wissenschaft, Dialog und Vorausdenken angebunden werden.

- Öffentliche Rechenschaft gegenüber der Gesellschaft wird als dauerhafte vertrauensbildende Maßnahme vorgeschlagen.